

I

01

Herrn Nemitz

Antrag Drucksache Nr.: 00638/2022 der AfD-Fraktion

Betreff: Flächendeckende Information der Bevölkerung für den Katastrophenfall

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Bevölkerung flächendeckend mit Informationen zur Vorbereitung auf und zum Verhalten bei einem mittel- oder langfristigen Stromausfall zeitnah zu versorgen.

Hierzu wird ein Infoblatt an alle Haushalte verteilt. Weiter sind die Veröffentlichung in Printmedien, die an alle Haushalte verteilt werden (wie z.B. Hauspost und kostenlose Zeitungen), die Einbindung sozialer Medien, die Auslage und Verteilung von Flyern oder Broschüren (z.B. des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe) in den städtischen Einrichtungen, an den Haltestellen und in den Bussen und Straßenbahnen des Nahverkehrs als mögliche Informationswege zu prüfen und bei Eignung umzusetzen. Dabei sind auch die Anforderungen an geeignete Informationswege für vulnerable Gruppen zu beachten (z.B. einfache Sprache, große Schrift).

In Zusammenarbeit mit den Wohnungsgesellschaften wird ein Aushang der Informationen in den Wohnhäusern vorbereitet und zeitnah umgesetzt.

Soziale Treffpunkte (z.B. Stadtteiltreffs) sollen als Informationsstellen fungieren. In Zusammenarbeit mit den Stadtteilmanagern sind Informationsveranstaltungen zu organisieren und durchzuführen.

Zu prüfen ist auch, ob Informationsveranstaltungen an Schulen geeignet sind, um die Schülerinnen und Schüler zu sensibilisieren und auf notwendige Maßnahmen vorzubereiten

Aufgrund des vorstehenden Beschlussvorschlags nimmt die Verwaltung hierzu Stellung:

1. Rechtliche Bewertung (u.a. Prüfung der Zulässigkeit; ggf. Abweichung von bisherigen Beschlüssen der Stadtvertretung)

Aufgabenbereich: Übertragener Wirkungskreis

Landeskatastrophenschutzgesetz § 15 Abs. 2

2. Prüfung der finanziellen Auswirkungen

Art der Aufgabe: Pflichtige Aufgabe

Kostendeckungsvorschlag entsprechend § 31 (2) S. 2 KV: Im Antrag nicht enthalten.

Einschätzung zu voraussichtlich entstehenden Kosten (Sachkosten, Personalkosten):

Abhängig vom Umfang der Ausführung, aktuell nicht genau zu beziffern

3. Empfehlung zum weiteren Verfahren

Es wird empfohlen: Die Stadtvertretung hat mit DrS. 348/2022 die Einrichtung eines Bevölkerungswarnsystems beschlossen. Im Rahmen der im Vorfeld geführten Debatte hatte die Verwaltung bereits angekündigt, dass eine solche Einführung nur mit ergänzender, umfassender Bevölkerungsinformation möglich ist. Da das System aktuell zur Installation vorbereitet wird, ist die Erstellung der Informationen bereits geplant und soll dann entsprechend umgesetzt werden. Insofern greift der Antrag die ohnehin geplanten Maßnahmen auf. Die angeregten, sehr umfangreichen Informationswege können entsprechend geprüft werden.

Empfehlung: Umwandlung in einen Prüfauftrag hinsichtlich der ergänzenden Informationswege.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'No M...' with a long horizontal stroke extending to the right.

Bernd Nottebaum